

Zweitjobs bringen mehr Geld

Arbeitsmarkt: 3,3 Millionen Erwerbstätige gehen einer Nebentätigkeit nach

MATHIAS PELLACK

Wer von einer Arbeit kommt, um zu einer anderen zu gehen, hat nicht immer existenzielle Geldnot. Zwei Drittel der Arbeitnehmer, die einem Zweitjob nachgehen, gaben in einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung an, das „lukrative zusätzliche Einkommen“ sei ihnen „wichtig“ oder sogar „sehr wichtig“.

Erst am vierthäufigsten nannten die 545 Befragten zu 53 Prozent „finanzielle Not oder Schwierigkeiten“ als Beweggrund für ihre Wahl einer zweiten oder gar dritten Beschäftigung. Unter den zwölf abgefragten möglichen Gründen erklärten nämlich 58 Prozent „Zusammenhalt und die Kommunikation mit anderen Menschen“ sei ein Grund. Am dritthäufigsten gewählt wurde – und immer noch vor der Geldnot – die „Möglichkeit zur Selbstverwirklichung“ beziehungsweise die „Verwirklichung einer Leidenschaft“ (54 Prozent Zustimmung).

Nach der finanziellen Not folgten als Gründe die „Erfüllung von Konsumwünschen“ (52 Prozent), die „Möglich-

keit, anderen Menschen zu helfen“ (48 Prozent), und die „Möglichkeit einer Weiterbildung“ (32 Prozent). Lediglich 28 Prozent gaben, an keine Vollzeitstelle gefunden zu haben. 21 Prozent fühlten sich in ihrer Haupttätigkeit zeitlich nicht ausgelastet.

Monetäre Not ist demzufolge nicht der häufigste Grund, einer Zweitbeschäftigung nachzugehen, wie auch eine zweite Frage ohne vorgegebene Auswahlmöglichkeiten bestätigt. 45 Prozent wollten „mehr Geld“, nur 20 Prozent gaben an, daß ihr Einkommen ohne Zweittätigkeit zu gering sei. Erklärt werden kann das durch den effektiv höheren Stundenlohn, da der Staat bis 450 Euro Zuverdienst keine Einkommensteuer und Sozialbeiträge abschöpft. Gleichzeitig schätzen es 64 Prozent der Zweitbeschäftigten, daß sie in der Haupttätigkeit sozialversichert sind. 18 Prozent konnten durch die Nebentätigkeit ihre Sozialversicherung selbst bestreiten. Der Minijob ist als Zweittätigkeit für viele alles andere als ein „mieser Job“, wie es etwa der Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Ulrich Schneider, darstellt.

Die finanzielle Absicherung in der Haupttätigkeit dürfte auch ein Grund

sein, warum viele den Zweitjob zur Selbstverwirklichung nutzen. Der Anteil derer, die in ihrer Nebentätigkeit angaben, „Freiberufler“ oder „Selbstständige“ zu sein, lag bei 45 Prozent. In den Hauptberufen lag dieser Anteil in der Umfrage bei 15 Prozent. Laut Statistischem Bundesamt waren 2017 aber deutschlandweit nur etwa zehn Prozent aller Erwerbstätigen selbstständig. Die Unstimmigkeit könnte eine Folge der Befragungsmethode sein. Diese war bei der Böckler-Studie nicht zufällig und muß daher als nicht repräsentativ gelten.

Danach widerspricht die Studie der landläufigen Annahme, daß nur monetär Benachteiligte eine Zweittätigkeit annehmen. Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) steigt die Zahl der Zweitbeschäftigten seit Jahren. 2017 waren bereits 3,3 Millionen Personen mehrfachbeschäftigt. Davon verdienten 2,7 Millionen 450 Euro oder weniger im Zweitberuf. Seit der Hartz-Gesetzgebung 2003 hat sich der Anteil der Selbstständigen von 4,4 Prozent auf 8,3 Prozent in 2016 erhöht.

Studie zu „Mehrfachbeschäftigungen in Deutschland“ im WSI Report 48/19: boeckler.de/pdf/p_wsi_report_48_2019.pdf

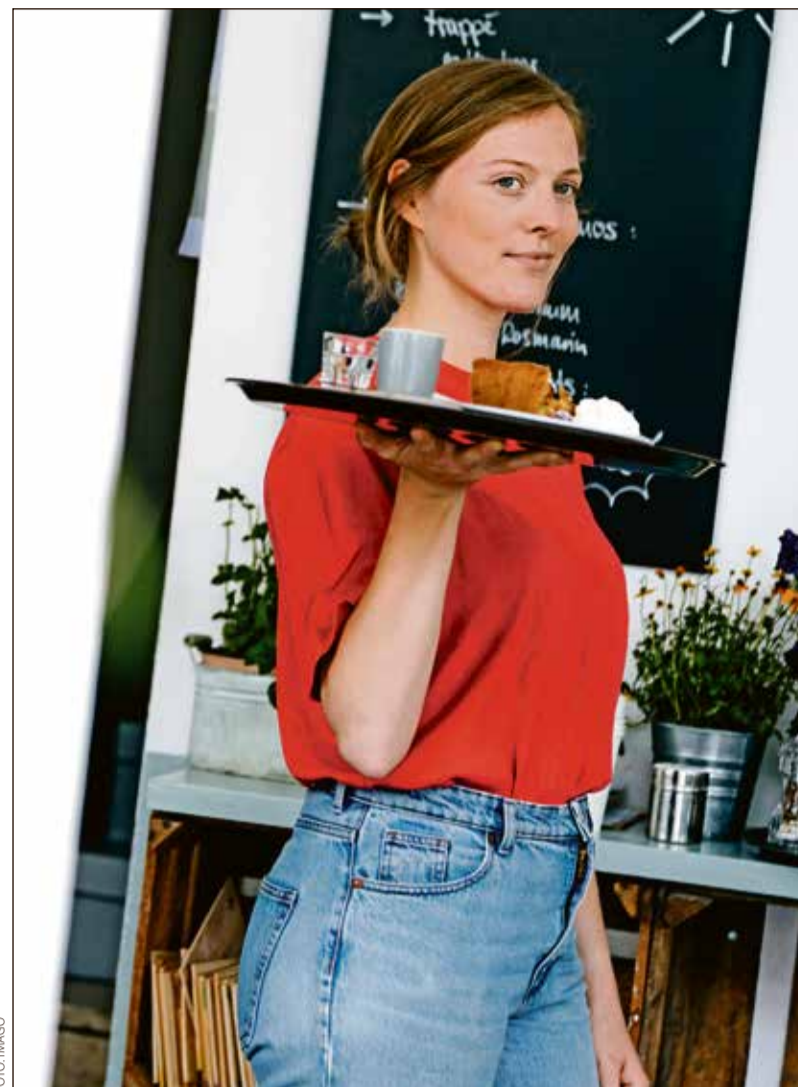


FOTO: IMAGO

Kellnerin bei der Arbeit: Nur bei einem Fünftel sind Haupt- und Nebentätigkeit derselben Branche oder demselben Beruf zuzuordnen

„Rente mit 67“ ist ein Kürzungsprogramm

BERLIN. Bis 2031 wird die Regelaltersgrenze in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) stufenweise auf 67 angehoben werden – mit sehr unterschiedlichen Konsequenzen. „Menschen mit guten Arbeitsmarktrisiken, die hochgebildet sind und in stabilen Beschäftigungsverhältnissen stehen, können meistens ohne größere Probleme ihre Erwerbszeit ausdehnen“, erklärte Rentenexperte Johannes Geyer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Wochenbericht 16-17/19). Ganz anders sehe es bei GRV-Versicherten in manuellen Berufen oder Kranken und Behinderten aus. „Die haben Probleme, bis zu dieser höheren Altersgrenze weiter am Arbeitsmarkt aktiv zu sein und nicht in einem prekären Übergang zu landen“, so Geyer. Zudem fänden 40 Prozent aller Rentenzugänge – trotz hoher Erwerbsquoten – aus der Arbeitslosigkeit statt. Diese Zwangs- und Frührentner bekämen im Schnitt nur 66 Prozent ihrer geplanten GRV-Rente. (fis) www.diw.de

Hamburg ist weibliche Erfinderhauptstadt

KÖLN. Im Jahr 2016 haben Frauen in Deutschland rund 4.700 Patente angemeldet. Das waren nur 4,4 Prozent aller Patentanmeldungen. Die höchsten Frauenanteile verzeichneten Hamburg (12,2 Prozent) und Sachsen-Anhalt (8,3). Schlußlichter waren das Saarland (3,4) und Brandenburg (2,4). Das ergab eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Trends 1/19). Unter allen in Deutschland wohnhaften Erfindern mit ausländischer Herkunft lag der Frauenanteil bei durchschnittlich 8,2 Prozent. Am dominantesten sei bei diesen Erfinderinnen die asiatische Sprachherkunft (Indien, Japan, China, Thailand) mit 10,5 Prozent und der Ost- und südosteuropäische Raum (8,9 Prozent). Sogar der arabisch-türkische Raum lag mit 5,9 Prozent über dem Deutschlandschnitt. (fis) www.iwkoeln.de/studien/iw-trends

Geld und Geldpolitik für jedermann

Weiterbildung: Die Veröffentlichungsreihe „Politik und Wirtschaft im Unterricht“ der Bundesbank ist nicht nur Schülern und Studenten zu empfehlen

DIRK MEYER

Könnten Sie begründen, warum Bitcoins eigentlich gar kein Geld sind? Sie wissen nicht, wie die Inflationsrate ermittelt wird und weshalb die EZB stabiles Geld im Sinne von Nullinflation ablehnt? Und daß die Geschichte des Euro eigentlich schon vor über 50 Jahren begann? Wenn Ihnen Antworten auf diese Fragen interessant erscheinen, dann ist eine Veröffentlichung der Bundesbank zum Thema „Geld und Geldpolitik“ eine Empfehlung.

In der Reihe „Politik und Wirtschaft im Unterricht“ erschienen, ist diese Sonderausgabe des Wochenschau-Verlages als Unterrichtsmaterial für die Sekundarstufe I und II gedacht. Sie umfaßt 13 kleinere, thematisch eng umrissene Beiträge. Sachlich fundiert, verständlich geschrieben und didaktisch mit illustrierenden Schaubildern gestaltet, geben Mitarbeiter der Bundesbank einen Überblick über das Thema Geld, Währung, Geldpolitik und das Eurosystem. Ein Glossar mit den wichtigsten geldpolitischen Begriffen sorgt jederzeit für Orientierung ohne Vorkenntnisse.

Ein erster Themenkreis erklärt Geld anhand seiner Funktionen als Recheneinheit und Wertmesser, Zahlungsmittel

und Wertaufbewahrung. Aufgrund des Auf und Ab des Bitcoin-Kurses wird den Lesern vorgeführt, inwiefern es hier eher um Spekulation denn um Währung geht. Die Geldschöpfung wird anschaulich in den getrennten Geldkreisläufen von Zentralbankgeld und Giralgeld beschrieben. Das Bargeld verbindet beide Kreisläufe, was dessen Wichtigkeit bei einer Kreditgeldschöpfung der Banken „aus dem Nichts“ nur erahnen läßt.

Die Unabhängigkeit der Notenbank bedingt den Entzug ihrer demokratischen Kontrolle. Was jedoch einerseits vom Regierungshandeln lösen soll und eine Voraussetzung für Geldwertstabilität darstellt, kann andererseits bei einer weiten Auslegung des geldpolitischen Mandats zur fiskalischen Unterstützung von Staaten dienen. Daß dieses Dilemma beim Anleiheankaufprogramm der EZB offen zutage tritt, wird hier – für einen Einführungstext zu Recht – nur am Rande erwähnt.



Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Geld und Geldpolitik. Wochenschau-Verlag, Frankfurt 2018, 96 Seiten, broschiert, kostenlos bestellbar

Ein zweiter Themenkreis befaßt sich mit dem Eurosystem. Ein Blick in die Geschichte der Währungsunion weist auf die unterschiedlichen Wurzeln der nationalen Notenbanken und ihr unterschiedliches Stabilitätsbewußtsein hin, das bis heute durchschlägt. Lokomotiv- oder Krönungstheorie: Soll der Euro Motor oder Ergebnis der Integration sein?

Erklärungen zur Krise der Währungsunion

Die Rolle Helmut Kohls beim Maastricht-Vertrag mit dem unheilvollen „schnellen“ Euro ohne eine gemeinsame Haushaltspolitik wird nur gestreift. Sie ist historisch wichtig, denn sie ist ein Zugeständnis an Frankreich für die Wiedervereinigung Deutschlands. Dieser konstruktive Mangel ist die Kernursache der Eurokrise und seines möglichen Scheiterns. Sehr deutlich werden die Aufgaben- und Arbeitsteilung der nationalen Notenbanken mit der EZB und die Entscheidungsstrukturen aufgezeigt.

In einem dritten Themenkomplex geht es um die Ausgestaltung der Geldpolitik. Zunächst wird das geldpolitische Ziel, eine Inflationsrate „von unten, aber nahe zwei Prozent“ mit einer Schutz- marge gegen eine Spirale sinkender Preise (Deflationsgefahr) begründet und

kritisch hinterfragt. Hierbei wird auch das Thema Vermögenspreisinflation angesprochen. Sodann werden unterschiedliche geldpolitische Strategien wie beispielsweise die direkte Inflationssteuerung, die Rolle des Refinanzierungszinses der EZB und die Geldmengensteuerung vorgestellt. Schließlich gibt es einen Einblick in die Wirkungsweise der EZB-Zinspolitik, die über unterschiedliche Kanäle die Wirtschaft erreicht.

Einen letzten Schwerpunkt bildet die Krise der Währungsunion. Ausgangspunkt ist die einheitliche Geldpolitik für Banken und Versicherungen, der in ihrem Zuge nachlassende Reformeifer der Krisenländer und ein zu erwartender, höchst risikoreicher Balanceact des Ausstiegs aus der außergewöhnlichen Geldpolitik werden deutlich angesprochen.

Interessant ist der historische Blick auf negative Realzinsen auch in früheren Zeiten. Als wissenschaftlich umstritten wird der EZB-Einfluß auf die Höhe des Marktzinses angemerkt. Schließlich wird das großvolumige Anleiheankaufprogramm des Euroraumes beschrieben und hinsichtlich möglicher negativer Wirkungen kritisch beleuchtet. Das Informationsheft läßt in dieser Kürze

nur wenige Lücken. Gerade hinsichtlich der Zukunft des Euros wären jedoch Beiträge zu möglichen Konsequenzen und Auswegen aus der derzeitigen Krisensituation, die Alternative einer neuen „Vollgeldordnung“ und eine kritische (Pro-Kontra) Diskussion der Vorschläge zur Reform der Währungsunion wünschenswert gewesen.

Jeder Beitrag schließt mit einem Literaturverzeichnis, gibt ergänzende und weiterführende Literatur sowie Gestaltungshinweise für den Unterricht. Insofern wird der Lehrer mit der sachlichen Darstellung nicht allein gelassen, sondern erfährt auch Anregungen für die Vermittlung im Unterricht. Das Heft könnte aber auch für Eltern von Interesse sein, die in wirtschaftlichen Fragen und Diskussionen mit ihren Jüngsten nach fundierter Sachkunde suchen. Es ist entweder als PDF zum Herunterladen oder als kostenlose Bestellung beim Wochenschau-Verlag zu beziehen. Übrigens bezahlt dies die Bundesbank – in diesem Fall mit selbst gedrucktem Eurogeld. Denn eine Notenbank kann sich als einziger Akteur das eigene (Zentralbank-) Geld für Güterkäufe selbst beschaffen.

bundesbank.de/de/publikationen/schule-und-bildung/geld-und-geldpolitik-759192
www.wochenschau-verlag.de

Zahl der Woche

2.648.600 Personen mit ausländischem Paß waren Ende vorigen Jahres in Nordrhein-Westfalen gemeldet. Das waren drei Prozent mehr als Ende 2017. Die stärksten Zuwächse gab es bei Bürgern mit syrischem (+15.900), rumänischem (+14.300) und bulgarischem Paß (+8.600).

(Quelle: www.it.nrw)

Helfen Sie, die AfD stark ins EU-Parlament zu bringen!

Greifen Sie aktiv in die Europawahl ein und bewegen Sie Ihre Mitbürger dazu, die AfD zu wählen.

Nur die AfD macht sich in Brüssel für die deutschen Sparer stark. Wir kämpfen für das Ende der Null-Zins-Politik der EZB, die alle fleißigen Sparer bestraft und diese enteignet.

Wir sind gegen Euro-Rettungsprogramme und setzen uns dafür ein, dass deutsche Banken nicht für ausländische Banken haften.

Sparen muss sich wieder lohnen! Dafür steht die AfD.

Mit Ihrer Plakat-Spende helfen Sie, dass diese Botschaft viele Mitbürger vor der Europawahl erreicht: www.afd.de/plakatspenden.



Am 26.5. die Alternative wählen!



afd.de/plakatspenden

